

Corae in die  
ist jedenfalls

aren die Besse-  
die im zweiten  
char, jedenfalls  
lesten Besserun-  
Am 1. 1. 25  
50 210 Haupt-  
unt 112 220 un-  
es 44 365 und  
tger. Am 1. 3.  
ummen 95 335.  
(15 Prozent),  
nagelähr 6 Pro-  
torge wurden  
der Bevölkerung

enbergbau  
erkläre weiter  
anbächen wur-  
t. Die Einzel-  
ahmen ab. Ein  
unische Arbeits-  
sich veranlaßt  
nen nicht mehr  
eit zwischenber-  
ert. Aufnahme-  
nde das Baum-

138 483 Feiler-  
nel, 1063 Feiler-  
998 wegen Be-

bau ist eine  
Die erwarteten  
t durchgeführt.

menwesens.  
verhörslosigkeit.

hischen Sanität  
das durch das  
das neben dem  
aufstuf, außerdem  
erfordere, eine  
t und entzünd-  
bieren könnte. Wie  
längeren Un-  
stufwohlfaht ent-  
mestbeles und  
möglichen, mög-  
en erwerbslos  
schon berufs-  
me aus, daß -  
sehen - alle  
928 eine Nieder-  
ung als Bezirks-  
er erreicht wer-  
berleben. Sollte  
s genannten Ge-  
Umfange Härte-  
en, ihn rechtzeitig

itätsinstrum'ent  
er runder Stuck  
Schär u. Kan-  
er-Lager.  
vierstimmer  
55.

LOEF Kammerjunge  
nti, ver. Sachver-  
und Gutachter.  
och um  
chahr. 7 Telefon 2908

Brümann  
und  
handlung

5181  
apiere für den  
Verlagsbedarf  
n Anfertigung.  
u. Vergütung  
Jahren bestehend

G.-Mk.

auf Schuldenfrei-  
im Mittelpunkt

unter Nr. 90588 an  
der Zeitung.

homasmehl  
mit u.  
Ungekalk  
nieder vorzütig.  
Heim. Schlenker  
G. m. b. H.  
Bochum  
Ehrlichstraße 44.

Allerlei in allen  
Gebrauchszweigen  
erhältlich

Mädchen

ur be eren Sau-  
halt sofort gelucht.  
Wartgeheimnisse  
an der Tür hängen

Wohnort: Ruhr-  
kreis, Bochum, 37.  
Alle Art Einzelmod-  
eile, auch Teilzahlung.

Platzvertreter  
für Bochum.  
Gell. Dierßen 39  
berder die Geschäfts-  
stelle der Zeitung  
unter Nr. 30813

Naturack. Küche  
potbüll. Uebere-  
ven Se sich.  
Schreinermeister. Schreiner-  
meister. 37.  
Alle Art Einzelmod-  
eile, auch Teilzahlung.

# Märkischer Sprecher



Rheinisch-Westfälisches Tageblatt  
Amtliches Kreisblatt für Stadt- und Landkreis Bochum

Druck und Verlag: Buchdruckerei W. H. Stumpf, Kommanditgesellschaft Bochum.  
Geschäftsstelle: Dudenbergstraße 11, Fernsprecher 125. \* Postfach 1010 Dortmund Nr. 3695.  
Schriftleitung: Dudenbergstraße 4, Fernsprecher 125.

Anzeigenpreise: Die 7 mm breite Zeile in 1 mm Höhe im Ort- und Nachbarn-Bereich 7 Goldpf., Familienanzeigen u. Stellenangelegenheiten 5 Goldpf., auswärts 10 Goldpf., Bank- u. Finanzangelegenheiten 12 Goldpf., die 7 mm breite Zeile in 1 mm Höhe 35 Goldpf. für die Aufnahme von Anzeigen an vorgeschriebenen Tagen und Plätzen wird keine Gebühr erhoben. - Bei zwangsweisen Beiträgen der Einrichtungsgebühren nur 6 Pf. oder in Kon-tributionen wird der bewilligte Rabatt bingefügt. - Annahmefristen: Anzeigen abends 7 Uhr, für größere nachmittags 4 Uhr

Nr. 65.

Mittwoch, den 18. März 1925.

97. Jahrgang.

## Die Besprechungen über die Sicherheitsfrage.

Chamberlain für sorgfältige Prüfung der deutschen Vorschläge sowie für Verhandlungen über neue Sicherheitsabmachungen, Herriot für Einfügung des Garantiepakts in den Völkerbundsrahmen.

### Chamberlains Unterredung mit Herriot.

W. Paris, 17. März. Der diplomatische Savoy-Mitarbeiter verbreitet über die heutige Unterredung zwischen Herriot und Chamberlain eine längere Erläuterung, in der es heißt:

In französischen diplomatischen Kreisen sei man von der Unterredung besonders befehrigt. Man sei französischerseits der Ansicht, daß bevor man sich endgültig über diese oder jene Formel zur Garantie der Sicherheit äußere, nachgeprüft werden müsse, welche Probleme hierdurch gestellt und welche Lösungen ins Auge gefaßt werden könnten. Man könne jetzt auch noch nicht sagen, daß beispielsweise das Genfer Protokoll erledigt sei. Schon jetzt muß bis zur Völkerbundsversammlung im September ein Ausgleich der Verhältnisse in der Form gefunden werden. Nach dieser Richtung seien Herriot und Chamberlain vollkommen einig. Sie haben besonders die Fragen der Österreichischen Mittelstaaten besprochen. Frankreich und England haben durch die Unterzeichnung des Versailler Friedensvertrages die Grenzen Polens garantiert. Frankreich beabsichtige niemals, die befreundete Nation zu irgendwelchem Verzicht zu veranlassen. Was die Alliierten betreffe, stehe man auf dem Standpunkt, daß Polen bei der Frage der Grenzberichtigung zur Darstellung seines Standpunktes aufzufordert werden müsse. Die Zulassung Deutschlands zum Völkerbund sei ein Wunsch, aber der französische Standpunkt habe sich nicht geändert, daß Deutschland sich verpflichten müsse, alle Verbindlichkeiten des Völkerbunds zu erfüllen. Die Zulassung Deutschlands sei nach französischer wie englischer Ansicht die Bedingung für den Abschluß des Sicherheitspaktes, an dem Deutschland teilnehmen könnte. Zur Sicherheitsfrage und Entwaffnung Deutschlands könne nach französischer Ansicht die beiden Begriffe Sicherheit und Entwaffnung nicht voneinander getrennt werden. Die Verhandlungen, die zwischen den Regierungen fortgesetzt werden sollen, gestalten es im Augenblick nicht, irgendwelche Erklärungen zu geben. Ueber die Frage betr. die Entwaffnung wurde nicht gesprochen. Herriot blieb jedenfalls seiner Genfer These treu: der Verbindung von Sicherheitsgarantie und Entwaffnung und der Forderung des Schiedsgerichtsverfahrens, aber das sei nur möglich, wenn die Sicherheit hergestellt sei. Zunächst also müsse die Sicherheit gewährleistet werden. Es sei alle Hoffnung vorhanden, daß im Laufe der weiteren Verhandlung eine vernünftige Lösung gefunden werde, die eine Einklimmung der Völkerbundsarbeiten herbeiführen könnte. Die Unterredung Herriots mit Benesch habe die gleiche Frage behandelt. Zwischen ihnen sei jedoch eine Einigung erzielt worden.

### Herriot über den Verlauf der Konferenz.

Nach dem „Deutsche“ hat Herriot über den Verlauf der Konferenz ungefähr folgendes erklärt: Man braucht dem Völkerbundsvertrag von Genf keine Träne nachzuweinen. Die Frage sei auf September vertagt und nicht begraben worden. Man dürfe nicht das Protokoll von Genf dem Garantiepakt zu Dreien, zwischen Frankreich, England und Belgien, dem Garantiepakt zu Fünfen, unter Beteiligung von Italien und Deutschland, oder dem Garantiepakt zu Sieben, indem man Polen und die Tschechoslowakei auslief, entgegenstellen. Man müsse analytisch vorgehen, um erkennen zu suchen, welche Probleme gestellt sind und welche Lösung die entsprechenden Probleme bringen könnten. Der Sicherheitspakt, an dem man sich entschließen, müsse vom Völkerbund angeschlossen werden, also in seinem Rahmen sich einfügen. Es handele sich also um ein Teilprotokoll, das von den gleichen Grundfragen getragen sei, wie man sie in Genf im vorigen September ausgearbeitet habe, und die etappenweise auf dem großen Werk führen, das man jetzt noch nicht angenommen hat. Wir sind nicht einig über die Arbeiten, die wir zu vollbringen haben: Wir beide haben als Grundlinie den Respekt vor dem Versailler Vertrag und dem Völkerbundsstatut anerkannt. Wie könne Polen also beunruhigt sein. Frankreich und seine Alliierten sind loyal und Polen ist kein Feind. Polen wird ein Wort bei den künftigen Verhandlungen mitzusprechen haben. Ich bin mit Chamberlain darin einig, daß Deutschland in den Völkerbund nach den allgemeinen Regeln eintreten soll; ich füge aber hinzu, daß die Alliierten sich untereinander geeinigt haben müssen, ehe sie mit Deutschland verhandeln über einen Garantievertrag. Herriot zweifelt nicht, daß die Räumung der böhmischen Zone etwas zu erklären, unter dem Vorwand, es handle sich um eine Frage, die augenblicklich durch die Völkerbundsarbeiten erledigt werde. Als man ihn darauf nach der Einleitung des Präzidenten Coolidges zu der beabsichtigten Konferenz fragte, über die Entwaffnung Frankreichs, erklärte er, Frankreich habe noch keine Einleitung erhalten, aber er bleibe bei der These, die darin bestehe, eine Entwaffnung mittelst nur anzunehmen, wenn Frankreichs Sicherheit garantiert und eine Organisation der Schiedsgerichtsbarkeit geschaffen wird, die ihren Willen den

Nationen aufzwingen könne, die schlechten Willens sind. Es sind also Sanktionen nötig. Ich bleibe, sagte Herriot, der Dreifaltigkeit treu: Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit und Entwaffnung. Die Entwaffnung darf aber nicht an letzter Stelle stehen. Sie werden übrigens erkennen, so erklärte Herriot, daß man auf irgendeine Art und Weise schließlich zum Protokoll oder einem ähnlichen zurückkommen wird. Je mehr ich das Protokoll studiere, dessen Prüfung man auf September vertagt hat, umso mehr überzeuge ich mich, daß es die nötige Ergänzung des Statuts des Völkerbunds ist.

### Die authentischen Erklärungen Chamberlains.

TU. Paris, 17. März. Die Erklärungen, die Chamberlain auf der englischen Völkerbunds-Konferenz und Herriot am Nai-Draich den Völkerbundsmitgliedern nach Beendigung der Zusammenkunft erteilten, werden in einem Teil der Blätter entlieft wiedergegeben. „Deutsche“ ist in der Lage, die Äußerungen der Minister authentisch zu berichten.

Danach hat Chamberlain wörtlich gesagt: Wir haben auf das Grab des Protokolls einige Tränen fallen lassen, doch bin ich überzeugt, daß wir in den diplomatischen Verhandlungen, die mit derselben Herzlichkeit geführt werden, von denen meine persönlichen Beziehungen zum französischen Ministerpräsidenten erfüllt sind, eine für unsere beiden Länder günstige Lösung des Sicherheitsproblems finden werden. Wenn Großbritannien sich auch besonders für gewisse Grenzen, das heißt, beispielsweise für die Grenzen Frankreichs und Belgiens, interessiert, so will das nicht bedeuten, daß Großbritannien sich für die Abgrenzung Deutschlands nicht interessiert. Großbritannien ist bereit, zu untersuchen, ob der Frieden Europas durch neue Abmachungen gesichert werden kann. Es wird aber keineswegs sich an den bisherigen Garantien verhaften, die für die europäischen Nationen aus den bestehenden Verträgen, wie Friedensvertrag und Völkerbundsvertrag, sich ergeben. Wir werden vorschlagen, die Vorschläge des deutschen Garantievertrages sorgfältig zu prüfen. Wir haben die Antwort des Völkerbundsrats an Deutschland hinsichtlich seiner Aufnahme in den Völkerbund gelesen. Meine Ansicht steht in der Tat dahin, daß, bevor ein Vertrag mit Deutschland abgeschlossen wird, es unter den üblichen Vorbehalten dem Völkerbund beitrifft. Es handelt sich um eine prinzipielle Frage, denn es kommt darauf an, Gleichheit der Rechte und Pflichten sämtlicher Mitgliedsstaaten des Völkerbunds wahrzunehmen. Fragen Sie mich bitte nicht nach den Lösungen, die wir erhoffen. Wir stehen erst am Anfang der Verhandlungen, doch bin ich voll Vertrauen.

### Ein neuer Garantieplan des tschechoslowakischen Außenministers.

TU. Paris, 17. März. Die Unterredung des tschechoslowakischen Außenministers Dr. Benesch mit Herriot, die sich an die Besprechung mit Chamberlain angeschlossen, wird hier berichtet. Nach dem „Petit Journal“ hat Dr. Benesch seine Ansicht über die deutschen Garantievertragsvorschläge entwickelt und ist mit einem neuen Plan hervorgetreten, der auf Gruppierung der Zentral- und osteuropäischen Staaten zu einem besonderen Staatenbund abzielt. Dr. Benesch beabsichtigt, auf der Grundlage des Genfer Protokolls und des oblatenarischen Schiedsgerichtsverfahrens die Staaten von Zentral- und Osteuropa zu gemeinsamen Verträgen aufzunehmen. Das allgemeine Genfer Protokoll soll auf einem regionalen Protokoll umgestaltet werden, in das auch Österreich einbezogen werden soll. Wenn sich die Großmächte dann mit Deutschland verständigen, so werden in Europa zwei durch Garantien für sich abgegrenzte Machtgruppen bestehen, die beide Mitgliedsstaaten des Völkerbunds enthalten. Die Vorschläge des tschechoslowakischen Außenministers haben nach dem „Petit Journal“ das Interesse Herriots erregt, da dadurch nach seiner Ansicht ein Ausweg aus den bestehenden Schwierigkeiten gefunden werden könnte. Benesch beabsichtigt, im Laufe des nächsten Monats nach Warschau zu reisen, um den tschechoslowakisch-polnischen Schiedsgerichtsvertrag, der den Anfang zu den Garantieverträgen der beiden Nachbarstaaten Deutschlands bildet, zu unterzeichnen. Die Tschechoslowakei hat weiterhin mit einigen anderen Nachbarländern, insbesondere mit Österreich, Schiedsgerichts- und Friedensverträge abgeschlossen. Dr. Benesch hofft, daß im nächsten Monat, daß der deutsche Garantievertragsvorschlag, wie er die Alliierten eine präzisere Fassung der Reichsfrage von der Reichsregierung erbitten sollten.

### Coolidges Vorbereitungen zur Abrüstungskonferenz.

#### Keine Einladung an Deutschland?

W. London, 17. März. Der New Yorker Berichterstatter des „Daily Telegraph“ meldet, Coolidge beabsichtige, nur dann Einladungen zur Abrüstungskonferenz auszugeben, wenn die anderen Mächte grundsätzlich sondiert wor-

den seien. Washington wünsche vor allem, sicher zu sein, daß die Völkerbundskonferenz ausgegeben sei. In amtlichen Kreisen werde nicht daran gezweifelt, daß Großbritannien die Einladung annehmen werde. Man glaube auch, daß Japan Frankreich dagegen erscheine zweifelhaft. Wenn Frankreich nicht geneigt sei, an einer solchen Konferenz teilzunehmen, so würden keine Einladungen zur Konferenz abgegeben werden. Sollten die Mächte bereit sein, die Einbeziehung der Aufzählungen zu erwägen, so werde Washington bereit sein, diesen Punkt auf die Tagesordnung zu setzen.

W. London, 17. März. Der New Yorker Berichterstatter des „Daily Chronicle“ schreibt, nach Mitteilungen von gut informierter Seite habe Coolidge nicht die Absicht, auf der einberufenden Konferenz die Erörterung der Einschränkung der Rüstungen zu Wasser und zu Lande stattfinden zu lassen. Es sei vielmehr seine Ansicht, daß die Frage der Abrüstung in der Hauptsache eine europäische Angelegenheit sei. Uebrigens würden die Einladungen nur an die großen Seemächte gerichtet werden. Auch der New Yorker Berichterstatter der „Westminster Gazette“ meldet, Coolidge sei der Ansicht, daß Deutschland, da es entwaffnet sei, mit der bevorstehenden Konferenz nichts zu tun habe.

### Der Eisenbahnerstreik.

#### Die Stellungnahme der Reichsbahn-Gesellschaft.

Berlin, 17. März. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft nimmt zu dem im Schlichtungsverfahren ergangenen Schiedsspruch folgende Stellung ein: Die Hauptverwaltung kann unter den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Empfehlung des Schiedsspruchs, den Arbeiterlohn ab 15. 3. um 3 Bg. pro Stunde zu erhöhen, von sich aus nur durchführen, wenn die Reichsbahnverwaltung die zur Aufbringung der Mittel erforderliche Erhöhung der Tarife genehmigt. Weiter stimmt die Hauptverwaltung der Einsetzung eines von einem Schiedsrichter empfohlenen Ausschusses zur Prüfung von Karten in den Arbeitszeitbestimmungen zu, wie sie sich ohnehin in Aussicht nahen. Der Schiedsspruch verlangt, daß sämtliche am Streik Beteiligten bis 31. 3. wieder eingestellt sind, so daß den neuereinstellten Erbschaften sofort bis 31. 3. gekündigt werden müsse. Die Gesellschaft ist bereit, die Mehrzahl der am Streik Beteiligten mit den alten Rechten des Tarifvertrages wieder einzustellen und keine Maßregelung dieser Arbeiter vorzunehmen. Sie ist aber nicht in der Lage, sämtliche Neueingestellten zu entlassen. Die Deutsche Reichsbahngesellschaft kann nicht wie andere Unternehmungen im Falle eines Streiks ihren Betrieb schließen, sie ist im Gegenteil aus volkswirtschaftlichen Gründen im Interesse der Allgemeinheit verpflichtet, den Verkehr und den Betrieb aufrecht zu erhalten, um die Güterverbringung nicht zu gefährden. Sie war daher nach Ausbruch des Streiks in die Notlage verwickelt, sich nach Helfern umzusehen und geeignete Ersatzkräfte einzustellen. Der Deutschen Reichsbahngesellschaft kann nicht zugemutet werden, die Helfer, die sich bereitstellen, jetzt zu entlassen, da der Streik getretenen Eisenbahnerbetriebs für längere Frist wieder zu entlassen. Die Reichsbahngesellschaft ist daher bereit, die am Streik Beteiligten wieder einzustellen, soweit der Betrieb es ihr gestattet, und die auf längere Zeit hinaus freiverbundenen Stellen in erster Linie aus den Reihen der früher Beschäftigten zu besetzen.

#### Die Streiklage.

Berlin, 17. März. Zum Eisenbahnerstreik meldet die „B. Z.“ am Mittwoch, daß im ganzen gegenwärtig 10 404 Arbeiter streikten. Das sind 700 weniger als gestern. In Berlin kehren die Arbeiter langsam an die Dienststellen zurück. Güter- und Personenzüge verkehren normal. In Dresden, Erfurt und Halle ist die Lage stationär. In Bremen hat sich die Zahl der Streikenden etwas vermehrt. Dagegen ist in Hof ein starkes Absinken zu verzeichnen, da dort die Zahl der Streikenden auf 243 verringert wurde.

Berlin, 17. März. Die Technische Nothilfe ist heute früh um 10 Uhr mit 182 Not Helfern an verschiedenen Stellen in Berlin eingesetzt worden. Außerdem ist die Technische Nothilfe seit gestern auch in Bremen in der dortigen Eisenbahn, Elbgut- und Güterabfertigung mit 90 Mann tätig.

#### Keine Erregung bei der Reichspost.

Berlin, 17. März. Die Nachrichtenstelle des Reichspostministeriums teilt mit: Die Zeitungsnachrichten, wonach die kommende Vertagung des Verhandlungstermins für die Festsetzung der Abgabe bei der Deutschen Reichspost eine Erregung unter den Arbeitern hervorgerufen habe, sind unzutreffend. Der neue Verhandlungstermin für den gekündigten Lohnvertrag werde im vollen Einvernehmen mit dem am Tarifvertrag beteiligten Opaanisationen festgesetzt.

## Englands antiösterreichische Propaganda.

Von unserem Wiener Mitarbeiter.

Die Ursache der österreichischen Erzeugungs- und Absatzkrise. - 250 000 Arbeitslose. - Die Londoner Reife des Nationalbankpräsidenten. - Gegenfäße zwischen Österreich und der Bank von England. - Die Monatsberichte des Dr. Zimmermann. - Wer steht hinter den Veröffentlichungen der „Times“? - Gefahren der englischen Finanzblockade.

Wien, im März.

Die österreichische Nationalbank hat unter allen europäischen Notenbanken den höchsten Zinsfuß. Er beträgt seit Anfang November 13 v. H., ist also um ein Drittel höher als in Deutschland und mehr als doppelt so hoch wie in der Tschechoslowakei. Der hohe österreichische Zinsfuß ist der letzte und eigentliche Hebel der Erzeugungs- und Absatzkrise, die jetzt zur Stilllegung zahlloser Betriebe und zu der seit dem Umsturz unerreichten Ziffer von nahezu einer Viertelmillion Arbeitsloser geführt hat. Alle Versuche, eine Ermäßigung der österreichischen Diskontsätze zu erreichen, sind bisher ergebnislos geblieben, und die Reife des Präsidenten der Nationalbank Dr. Reich nach London in den letzten Dezembertagen des Vorjahres war ebenso ohne Ergebnis wie sein persönliches Eingreifen bei den Verhandlungen mit dem Finanzausschuß des Völkerbundes in Genf. Präsident Dr. Reich begibt sich jetzt in Begleitung des Generaldirektors der Nationalbank Dr. Brauneis abermals nach London, aber nach den gemachten Erfahrungen gibt man sich in Wien keinem übermäßigen Optimismus hin. Die tiefgehenden Verunsicherungen und Meinungsverschiedenheiten, die zwischen Österreich und der Bank von England seit langem herrschen, konnten trotz aller Bemühungen bis heute nicht gemildert werden und es hat vorläufig nicht den Anschein, als ob hier in absehbarer Zeit in London ein Umsturz der Meinungen zugunsten Österreichs zu erwarten wäre.

Die Gegenfäße zwischen Österreich und der Bank von England liegen nach den amtlichen Versicherungen in der Hauptsache in der Verschiedenheit der Auffassung in währungstheoretischen Fragen. Man vertritt in London die Meinung, daß die Preise eines Landes in erster Linie von der Höhe der Umlaufmittel mit Einschluß der Giroverbindlichkeiten abhängen und daher von der Notenbank wirksam beeinflusst werden könnten. Es soll hier nicht näher untersucht werden, ob diese Theorie den Einfluß der Notenbanken nicht erheblich überhöht und ob tatsächlich die technischen Mittel der Notenbank-Politik allein ausreichen können, die Preissteigerungen in entscheidender Weise zu bekämpfen. Tatsache ist, daß man in der City die britischen Finanz-, Diskont- und Währungstheorien als die allein richtigen ansieht und, soweit dies eben möglich ist, im Wege des Völkerbundes und seines Generalkommissars die österreichische Nationalbank zu der gleichen Auffassung zwingen will. Die Erhöhung der Bankrate und die Drohung des Beschlusses wurde von London gefordert, um eine mögliche Inflation zu vermeiden. Dabei hat man freilich mit dem Tadel über ein zu langames Fortschreiten des Sanierungswerkes in Österreich nicht gespart und dafür wirkliche oder vermeintliche Fehler der österreichischen Wirtschaftsfaktoren verantwortlich gemacht.

Geht man den Dingen auf den Grund und überfliehe man die gerade in den letzten Wochen wieder mit erneuter Heftigkeit eingesetzte antiösterreichische Propaganda, so wird es schwer, die sachlichen von den persönlichen Motiven zu trennen. Das österreichische Ansehen im Ausland ist systematisch untergraben worden, und während man noch vor einem Jahre der Donarepublik hoffnungsfrohes Emporblühen und unbegrenzte Zukunftsaussichten voraussagte, ist jetzt das gegenteilige Extrem üblich und man beurteilt die österreichischen Verhältnisse im Ausland mit schrankenlosem Pessimismus. Den Anfang zu diesem Meinungs-umschwung machten die ungünstigen Berichte des Generalkommissars Zimmermann, die nicht nur die nach seiner Meinung begangenen Fehler der staatlichen Finanzverwaltung kritisierten, sondern auch jene inneren Angelegenheiten der Privatwirtschaft, die sonst überall in der Welt als Geschäftsgeheimnis gelten, immer mehr als einseitigen Kritik unterzogen. Den Berichten des Generalkommissars schloßen sich die Veröffentlichungen der „Times“ an, deren bild unterirdische Tendenz nicht zu verkennen war. Es ist unübersehbar geblieben, daß sich zwischen dem Generalkommissar des Völkerbundes und dem englischen Blatt seit langem gewisse Fäden spinnen. Aller Welt aber ist es klar, daß der offizielle Inspektor der „Times“ in finanziellen Fragen der Präsident der Bank von England, Norman, ist, der gleich-



Auf Grund  
der des Ver-  
stärkung

Sozialdemo-  
kratie, an  
auf dem  
zu Beginn  
der auf der  
inner ver-  
stärkt, die  
zurückge-  
worfene  
die ver-  
stärkte  
Macht zum  
Verlust ge-

ersmann  
zur See  
lichen Wert  
der Torpede-  
streit ge-  
treit aus  
bezwachte  
den sich be-  
von den be-  
auch die elek-  
trische Sozialis-  
mus, wie er  
nächst außer-  
ordentlich hat-  
te nachher Ge-  
hen würde.

malige Wer-  
tungs-  
wert des Ge-  
samt in der  
Förderung  
der be-  
kann-  
ten ersten  
Anfang

und  
Arbeiter-  
auf der  
und zur-  
einer A.-G.,  
die den  
Berliner  
Büro  
e, daß  
WSPD, und  
erzählt wurde  
laßten in den  
ander, der  
und Torpede-  
streit, der  
Tag gebauert,  
ab be-  
sonders  
der Reue gibt  
die Sabotage-  
nach 1917  
einfache vor-  
gekommen  
um zu zeigen,  
Ob es sich um  
habe, weiß der  
des ver-  
stärkten

heftig, den  
in den  
Republik ist,  
wie  
bis zum 19.

heftig, den  
in den  
Republik ist,  
wie  
bis zum 19.

heftig, den  
in den  
Republik ist,  
wie  
bis zum 19.

heftig, den  
in den  
Republik ist,  
wie  
bis zum 19.

gibt diese Beschwerde zurück. Er hält besonders Mar-  
garete für einen gefährlichen Verbrecher. Aus Anlaß der Ver-  
antwortung einer der Bewegungsfreiheit der Angeklagten  
betreffende Anfrage bringt der Angeklagte Haller  
regul auf, schlägt mit der Faust auf die Bar-  
riere und schreit: Hoch der Staatsgerichts-  
hof! Da kommt ein lautes Rufen an! Im Verhandlungs-  
saal dieser Zwischenfall ungeheure Erregung  
herauf. Unter weiteren erregten Zwischenfällen: Das ist  
ja ein Stand! Donnerwetter! Unerhör! läßt der Vor-  
sitzende den Angeklagten aus dem Saal führen. Hier-  
auf wurde ein Gerichtsbeschluss verfaßt, wonach der An-  
geklagte Haller wegen ungebührlichen Verhaltens vor dem  
Gericht während der Vernehmung des Zeugen Buchner  
nicht zugelassen wird. Daran schließen sich längere Er-  
örterungen und noch eine Anzahl von Anträgen der Ver-  
teidigung zum Gerichtsbeschluss. Die Anträge der Ver-  
teidigung verfallen aber der Ablehnung. Rechtsanwalt  
Dr. S. antwortete das Wort zu ergo, als er  
darauf hinweisen wollte, daß der Zweck der Verhand-  
lungen nur der sei, einer Partei, hinter der Millionen  
stehen, etwas anzuhängen.

## Deutscher Reichstag.

37. Sitzung.

### Bedrohende Revision des Angestellten- Versicherungsgesetzes.

TU. Berlin, 17. März.

Im Regierungsjahr: Reichsjustizminister Prenter.  
Präsident Lueke eröffnet die Sitzung 2.20 Uhr und  
gibt den üblichen Ablesungen der Abgeordneten  
Frau Dr. Dr. (Hr.), die eine der ersten Frauen  
gewesen sei, die in das deutsche Parlament eintraten.  
Das Ratsabstimmungsgesetz wird in erster und zweiter  
Lesung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzesentwurfs  
über Zulassung der Renten in der Angestellten-  
versicherung.

Hr. Lambach (Dnt.) lehnt die sozialdemokratischen  
Wünsche auf Fälligkeit dieser Sonderversicherung der  
Angestellten ab. Die Angestelltenversicherung  
müsse aufrechterhalten bleiben. Im  
April sei nach den Erklärungen der Regierung eine  
Vorlage zur Revision des Angestellten-  
versicherungsgesetzes zu erwarten. Der  
Reichstag solle sich daher zurückhalten und die Initiative  
der Regierung überlassen.

Hr. Koch (Soz.) will durch eine Verschmelzung  
der Angestellten- und Invalidenversicherung die Lei-  
stungen verbessern. Die hohen Beiträge könnten die  
Angestellten nicht tragen.

Hr. Schneider-Berlin (Dnt.) stellt fest, daß die  
Not der Rentner eine Erhöhung der Renten verlange.  
Man könne ihnen schon jetzt ohne Anspruchnahme  
von Reichsmitteln helfen, wenn man dem demokratischen  
Antrag folge und die Versicherungsrate auf 600 M.  
erhöhe.

Hr. Thiel (D. Vpt.) hält eine Annahme der de-  
mokratischen Anregung ohne Aussprache für un-  
möglich.  
Unter Ablehnung aller Änderungsanträge werden  
die Ausschüsse in erster und zweiter  
Lesung bestätigt.

Die Reichsregierung wird aufgefordert, dem Reichs-  
tag sofort einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der neben  
einer Erhöhung der Versicherungsrate in der An-  
gestelltenversicherung eine entsprechende Erhöhung der  
Leistungen vorsieht.

Das Haus setzt nunmehr die 2. Beratung des  
Reichshaushaltsplanes fort beim Reichs-  
justizministerium.

Hr. Braubach (Dnt.) bedauert die Vergütung der  
politischen Atmosphäre, das zeige sich besonders in der  
unangehörigen Zahl von Verleumdungsprozessen. Der  
Rechtsprozeß sei a. B. der 143. Verleumdungspro-  
zeß, der der Reichspräsidenten führen mußte.

Hr. Dr. Klinger (B. V.) bittet, den deutschen  
Richtern die Möglichkeit zu Studienreisen zu geben,  
um sich über das ausländische Recht zu unterrichten.  
Die Geminier-Studienvereine seien notwendig ge-  
wesen, um unsere Rechtspflege vor dem drohenden Zu-  
sammenbruch zu schützen. Der Redner warnt vor einer  
Einschränkung der Rechte.

Hr. Dr. Fiedl (B.-S.) führt Beschwerde über die  
Unterdrückung der deutsch-völkischen Bewegung durch  
den preussischen Innenminister Seevering und durch die  
bayerische Regierung.

Hr. Bohmann-Altena (Dnt.) bringt die Haupt-  
minuten der Justizbeamten vor. Die Neuregelung des  
Strafgesetzes habe sich bewährt. Der Redner warnt da-  
vor, die Politik in die Rechtspflege hineinzutragen. Er-  
forderlich sei die Zusammenarbeit mit Desterreich beim  
Strafgesetzbuch. Sollen sich führen das zu einem engeren  
Zusammenhang der beiden Sprachen. Die Sprache un-  
terer Geleise sei mit Hilfe des Sprachvereins wieder be-  
fester worden. Auch durch die Einziehung des Daten-  
elements werde das Verständnis für Rechtspflege ge-  
fordert.

Hr. Bude (B. V.) bemängelt die Ueberzahl der  
Gesetze und Verordnungen, unter denen sich niemand  
mehr zurecht finde. Bei den Gesetzen der neueren Zeit  
habe man allgemein Rücksicht auf die Günst der Massen  
genommen.

Damit ist die allgemeine Aussprache erledigt. Der  
Rechtstag wird dem Haushaltsausschuß  
überwiesen. Das Haus verläßt sich darauf auf  
Mittwoch 2 Uhr nachm. Kleinere Vorlagen, Einzelbe-  
ratung zum Justizhaushalt, kommunistische Anträge  
über die Vorgänge in Halle stehen auf der Tagesord-  
nung.

## Soziales.

### Ein Schlichtungsverfahren im Ruhrbergbau beantragt.

Bochum, 17. März. Die Bergarbeiterverbände  
haben bekanntlich die Lohnordnung für den Ruhrberg-  
bau gefordert. In der am Dienstag in Essen abgehal-  
tenen neuen Verhandlung zwischen dem Bergarbeiter-  
verband und den vier Bergarbeiterverbänden beantragte letztere  
eine Lohnsteigerung von 15 Prozent unter ausschließlicher  
Beachtung. Generaldirektor Wistort lehnte  
namens des Bergarbeiterverbandes diese unter Ver-  
weisung auf die Lage des Ruhrbergbaus ab.  
Es wurde dann von Arbeitnehmerschaft das Schlicht-  
ungsverfahren beantragt, das voraussichtlich  
im Anfang nächster Woche stattfinden wird. Die Arbeitgeber-  
seite kündigte für dieses Verfahren Lohnminderungen  
für bestimmte Arbeitergruppen an, so die Wiedereinfüh-  
rung der Spannungsabnahme und die Einführung von  
Stundenlöhnen für Tagesarbeiter.

## Kunst und Wissen.

### Konzert der Städtischen Singschule.

Wenn die Veranstaltungen der vergangenen  
Woche nicht schon mehr als reichlich gewesen wären,  
hätte man wünschen mögen, daß auch dies erste  
öffentliche Konzert eines Institutes, über das nur  
wenige deutsche Städte verfügen, im Rahmen der  
festlichen Weibemöhe stattgefunden hätte; denn  
gerade diese Einrichtung ist geeignet, zu beweisen,  
wie sehr sich Bochum die Pflege der Kunst in  
der Hinsicht angelegen sein läßt. Die Erziehung  
der Jugend zur gefundenen Musikalität, zur veredel-  
ten Gesangsart ist eine voraussetzende Maß-  
nahme, die alle Mithen lohnt, wenn je, so machen  
sich hier die Kosten, die man für das Kunstleben  
aufgewandt hat, durch die späteren Früchte dieser  
Methode reichlich bezahlt.

Ein von solchen Institut veranstaltetes Kon-  
zert beansprucht natürlich besonderes Inter-  
esse; da man um Ziel und Zweck der Schule weiß  
und auch die besondere Unterrichtsmethode ken-  
nen gelernt hat, ist man auf das Ergebnis einer  
zweijährigen Schulung reichlich gespannt. Man  
dürfte natürlich dieses Resultat nicht allein bei  
den anpruchsvollen Darbietungen des gemischten  
Chores suchen, sondern gerade die Leistungen der  
Kleinen, die Eigenschaften der Kinderchoristen müßten  
die Beginnender der Vollkommenheit aufweisen.  
Und was man hier erleben, gab genügend Anlaß  
zu anerkennendem Lob. Gewiß war mit der feinsin-  
nigen und geschulten Wahl der Lieder eine durch-  
schlagende Wirkung vorausgesetzt. Hier zeigte  
sich einmal wieder Konrad Sarrazins bewähr-  
ter Geschmack und umfassende Literaturkenntnis.  
Daß man gerade in den Kinderspielern auf den  
hundertjährigen Reichtum der vorangegangenen  
Beschänkte, war ein besonders glücklicher Gedanke,  
denn bei diesem finden wir wirklich einen über-  
reichen, unerschöpflichen Brunnen entzückender  
und wertvoller Kinderlieder. Stille, prächtige Lieder  
von Schellmerer und Ammut sind hier in einer  
überaus genialen Weise vertont, die mit dem Reiz  
einer erlebten, feinstimmigen Melodie die ganze  
Schönheit kindlicher Reinheit verbindet. Diese  
Kunst des Kindes, und die Begleitung der Klei-  
nen für den Gesang wird überall, besonders auch  
in den Schulen, sich hell entfalten, denn hier  
reist ein zweifaches: der niedliche, interessante Text  
wie auch die reizvolle Melodie. Eins dieser Lieder  
wiegte sehr der vertrauten, verführerischen Weise,  
die auch heute die Kleinen gefesselt werden, auf.  
Die Wiederholung der vielen schönen Weisen, die  
man natürlich auch nicht annähernd aufzählen  
kann, bereite den Zuhörern ungestörten Ge-  
nuß und helle Freude, so entsandend reich und  
stimmig war der Vortrag, so belebt und er-  
füllt die herabhängende Textbehandlung. Wie freuten  
sich jedoch auch die Kleinen Künstler ob des un-  
aufhörlichen Beifalls und wie strahlten die stol-  
zen Augen, als man besonders hübsche Lieder  
wie das „Seemannslied“ und die „Mühle“ nochmal  
verlangte. Voll ungeteilter Aufmerksamkeit hin-  
gen sie an ihrem Führer Sarrazin, der die Wei-  
sen prächtig behandelte. Hier wie auch in weiteren  
Programmnummern bewährte sich Rudolf Hoff-  
mann als feinsinniger, anerkennender Meister.

Als Uebergang zum gemischten Chor wartete  
mit Duetten von Mendelssohn der Frauenchor auf,  
namentlich das bewegte zweite Duett geriet sehr  
gut. Es ist bedauerlich, daß auch hier, wo die  
Beteiligung in allen Stufen und Stimmen so er-  
freulich lebhaft ist, die Männerstimme so dürftig  
besetzt ist. Zieht man diesen Mangel in Betracht,  
so waren die Chöre durchweg im Vortrag sehr  
lobenswert, der das reichste noch aus, und der  
Tenor konnte das Lob für sich buchen, daß er bei  
dem Versuch einer gelungenen Tonhebung immer  
den Geschmack wachte. Das von Wolfram prächt-  
voll bearbeitete Volkslied vom Schloß und dem  
Gefell gefiel ebenfalls sehr wie Sarrazins er-  
lebensvoller Satz der beiden Königsfinder. Die Süd-  
holländischen Dufklieder hatten, wie auch das ganze  
Programm, ein gut Teil gefallt sein können.  
In den Madrigalen und Motetten bewährte sich  
Sarrazins bekannte Meisterschaft, prächtig war die  
stimmliche und dynamische Ausarbeitung, der Vor-  
trag von Mozarts Ave verum war von ergreifen-  
der Stimmung. Konstituiert sich aus diesem vor-  
läufig noch unzulänglichen Chor einmal ein ir-  
realen Stimmen ausreichend bester Klangkörper,  
so wird man noch ganz Besonderes erwarten  
dürfen.

Der außerordentlich starke Besuch war nicht der  
einzige Erfolg des Abends, die Singschule hat  
ihre Berechtigung und ihre Bedeutung nach jeder  
Seite erwiesen, ihre erste öffentliche Probe hat  
sie in Ehren bestanden und wir hoffen gern, daß  
unserem Gesangsleben noch viel Gutes und För-  
derndes aus diesem Institut erwachsen wird. Für  
seine reiche Mitarbeiterschaft man den Leiter  
der Schule durch einen Vorbesuch. Der Beifall  
war sehr reich und lebhaft, nur hätte man wün-  
schen mögen, daß man auch den letzten und gerade  
bedeutendsten Vorträgen mehr Aufmerksamkeit ge-  
schenkt hätte. Das vorzeitige Hinausgehen mitten  
im Liede ist rüchsig.

Dr. Schürmann.

## Aus der Nachbarschaft.

\* Stepel, 17. März. Der evangelische Kir-  
chenchor veranstaltete am Karfreitag ein Kirchenkon-  
zert unter Mitwirkung von Herrr Giese-Bochum  
(Dntel). Der Vortrag soll zum Besten bedürftiger Kon-  
firmanden verwendet werden.

\* Linden-Dahlhausen, 17. März. Die Stim-  
meverzeichnisse für die kommende Reichspräsidenten-  
wahl können vom 17. bis einschl. 23. d. M. im Amts-  
haus 1. Zimmer 10, während der Dienststunden ein-  
gesehen werden. Am kommenden Sonntag von vormit-  
tags 9-12 Uhr und nachmittags von 3-5 Uhr.

\* Altdorf, 17. März. Für Lernanfänger.  
Die für Mittwoch und Freitag angelegten städtischen  
Unterrichtsstunden der Lernanfänger können wegen  
Erkrankung des Lehrers nicht stattfinden. Deswegen  
fällt auch die Mutterberatung und Lungenfürsorgepro-  
funde aus.

## Provinzielles.

\* w. Neudorf, 17. März. Familiendram-  
a. Am Sonntag erlosch der in Ferne wohnende  
Bergmann Waldemar Ballen seine von ihm getrennt  
lebende Ehefrau. Darauf brachte der Mörder sich selbst  
in den Schuß in die Brust bei und mußte schwer verletzt  
ins Krankenhaus gebracht werden.

\* w. Klein bei Ansbach, 17. März. Schaden-  
feuer. Die Tabak- und Zigarrenfabrik von Bochum  
u. Müller ist gänzlich niedergebrannt. Der Schaden ist  
sehr groß.

\* w. Bielefeld, 17. März. Räuberhauptmann  
Heinrich Strammant läßt wieder einmal von  
sich hören. Der Staatsanwalt hatte noch ein offenes  
Punkt auf seinen Namen stehen und dieses mußte aus-  
geglichen werden. Er hatte sich deshalb vor dem Schö-  
ffenrat in Münster zu verantworten und zwar wie-  
derum wegen Einbruchdiebstahls in mehreren Fällen.  
Vor dem Gericht erschien er nun, auf einen Schlag ge-  
stürzt, als schwer kranker Mann und das Gericht ließ  
auch mit Rücksicht auf den körperlichen Zustand gewisser-  
maßen milde walten. Es verurteilte ihn wegen Ein-  
bruchdiebstahls in wiederholten Fällen zu einer  
Gesamthausstrafe von zwei Jahren und sechs Mo-  
naten. Strammant hat nunmehr noch rund 10 Jahre  
Zuchthaus zu verbüßen. Er ist im Jahre 1878 ge-  
boren, hat mit 18 Jahren seine erste Strafe erlitten  
und ist dann von Beginn des 19. Lebensjahres ab fast  
ununterbrochen im Zuchthaus gewesen und wird nun  
wahrscheinlich hinter Zuchthausmauern auch sein Leben  
beschließen. Er entstammt einer anständigen Arbeiter-  
familie, mit Ausnahme seines älteren Bruders, sind  
seine Geschwister durchaus anständige und fleißige Leute.

\* w. Bielefeld, 17. März. Raubüberfall. Zwei-  
schen dem Hotel Dahlhausen und der Eisenbahn wurde  
auf den Geschäftsboten Wollen ein frecher Raubüberfall  
verübt. Ein etwa 25 Jahre alter Mann warf dem Boten,  
der Gelder einlieferte hatte, Pfeffer ins Gesicht, entriß  
ihm die Brieftasche mit 800 M. und verschwand.

## Letzte Drahtmeldungen.

### Marg's gekleisterte Bemühungen. Die Haltung der Opposition in Seeveringher Beleuchtung.

w. Berlin, 17. März. Der Amtliche Preussische  
Pressedienst teilt mit: Auf Grund der in den letzten  
Tagen mit allem Nachdruck fortgesetzten Unterhandlun-  
gen, die sowohl mit den Parteien wie auch mit einzelnen  
für die Kabinettsbildung in Betracht kommenden Per-  
sönlichkeiten geführt wurden, bestand große Wahr-  
scheinlichkeit dafür, daß Dr. Marg am morgigen Nach-  
mittag imstande sein würde, dem Landtag ein Kabinett  
vorzustellen, das alle Aussicht hatte, die Billigung der  
Mehrheit des Hauses zu finden. Ministerpräsident Marg  
hatte die Parteiführer auf Dienstag vormittag zu ein-  
gehenden Besprechungen eingeladen, um ihnen über den  
Erfolg seiner bisherigen Bemühungen zu berichten.  
Gleich zu Beginn dieser Besprechungen schufen die Oppo-  
sitionsparteien plötzlich eine neue Sachlage, indem sie  
erklärten, sie könnten mit einem Ministerpräsidenten, der  
gleichzeitig Kandidat für die Reichspräsidentenwahl sei,  
nicht mehr verhandeln. Infolgedessen mußte Minister-  
präsident Marg zunächst von seinem Vorhaben absehen,  
am anderen Tage dem Landtag sein Kabinett vorzu-  
stellen.

### Noch eine nationalsozialistische Zählkandidatur.

München, 17. März. Hitler entschloß sich, für die  
Reichspräsidentenwahl eine nationalsozialistische  
Sonderkandidatur aufzustellen. Diese Kandida-  
tur hat nach Hitlers Auffassung aber nur die Bedeutung  
einer parteipolitischen Zählkandidatur.

Die bayerischen Nationalisten gehen in der national-  
sozialistischen Arbeiterpartei auf.

München, 17. März. Der völkische Rechtsblock in  
Bayern nahm nach dem Bericht des ersten Vorsitzenden  
Dr. Buttmann einen Antrag des völkischen National-  
sozialismus an, den Verein aufzulösen. Auch die Vertreter  
der auswärtigen Ortsgruppen vertraten den Standpunkt,  
daß die völkische Bewegung in der nationalsozialistischen  
Deutschen Arbeiterpartei unter Hitlers Führung ihre  
stärkste Kraft entfalten könne.

### Unterzeichnung des deutsch-merikanischen Abkommens.

w. Mexiko, 17. März. Das deutsch-merikanische Ab-  
kommen über die Regelung der gegenseitigen Ansprüche  
wurde heute vom deutschen Gesandten und merikanischen  
Außenminister unterzeichnet.

### Wiederaufnahme der deutsch-französischen Verhandlungen.

w. Berlin, 17. März. Wie die Blätter erfahren,  
wurden heute nachmittag in Paris die deutsch-franzö-  
sischen Verhandlungen wieder aufgenommen. Es han-  
delte sich um eine formale Sitzung zur Feststellung des  
Programms für die nächste Zeit. In den deutsch-  
französischen Verhandlungen hofft man, bis  
Ende der Woche zu einem günstigen Abschluß zu  
kommen.

### Betriebskassierungen bei Thissen.

TU. Wülheim, 17. März. Die Firma Thissen  
hat die angekündigte Stilllegung ihres alten Sie-  
mens-Martin-Stahlschmelzwerks am fünf. Dessen infolge  
Unrentabilität jetzt durchgeführt. Von der Be-  
legschaft wurde ein Drittel in anderen Betrieben  
untergebracht. Der Rest mußte der Erwerbslosen-  
fürsorge überwiesen werden.

### Der Prozeß gegen den Massenmörder Angerstein.

w. Gießen, 17. März. Wie wir von zuverlässi-  
ger Seite erfahren, wird der Prozeß gegen den  
Massenmörder von Gaißer, Angerstein, voraussicht-  
lich im Juni verhandelt. Für den Prozeß sind  
mehrere Tage in Aussicht genommen, da etwa  
120 Zeugen und Sachverständige gehört werden  
sollen. Angerstein wird zurzeit in Würzburg auf  
seinen Gefängnis aufbewahrt. Er verlangt,  
daß zu der Hauptverhandlung alle Ärzte ge-  
laden werden, die ihn und seine Frau früher  
behandelten.

### Annullierung der französischen Kriegsschulden gegen Verzicht auf die Antillen?

TU. Paris, 17. März. Nach einer Agenturmeldung  
aus Washington tritt Senator Reed für die teilweise  
Annullierung der französischen Kriegsschulden ein, wenn  
Frankreich auf die Antillen verzichtet.

Verantwortlich: Für Politik, Feuilleton und  
Sankel: Dr. H. Kiebel; für Lokales und Letzte  
Nachrichten: Ernst Kienle; für Provinzielles und  
Sport: Ernst Kienle; für den übrigen Teil  
teil und Unterhaltungsbeilagen: Julie Schmidt;  
für Anzeigen und Reklamen: Emil Wille, sämtlich  
in Bochum

**Ob Sie alt werden  
oder nicht,**

stets wird eine Lebensversicherung von Nutzen  
sein. Sorgen Sie für Ihren Lebensabend und  
für Frau und Kind. — Zeitgemäße Lebens-  
versicherungen in vollkommener Form zu  
günstigen Bedingungen u. niedrigen Prämien  
erhalten Sie bei der bekannten

**Leipziger Lebensversicherung A.-G.**

Vertreter in Bochum:  
Hr. Kieberg, An der Kaiserstraße 6,  
Fernsprecher 4241.  
Postfachkonto 3798 Dortmund.

**Drahtgellechte, Staheldraht,  
Gartengeräte**

liefert zu günstigen Preisen

**Friedr. Büscher, Wattenscheld,**  
Hochstraße 20. Fernspr. 1602 Gelsenkirchen

**Vorkäufe**

**24h. Bettstelle**  
im Matratze, nicht  
poliert u. verputzt  
zu haben  
Christstr. 48 111-1

**Mädchen**  
für alle  
Hausarbeiten er-  
fahren

**Kühe**  
Julius Sternberg  
Dortenerstr. 8.  
Telefon 248.  
Strahnenbach, Halte-  
platz, Agrarland.

**Platzvertreter**  
für Bochum.  
W. H. Herten be-  
rätigt die Geschäfts-  
stelle dieser Zeitung  
unter Nr. 30513.

**Platzvertreter**  
von Herten ab-  
geleitet gegen  
Provision ge-  
hört.

**Kühe.**  
Max Sternberg  
Hohenzollernstr. 11.  
Telefon 2550  
3 Min. v. d. Haltestelle  
Kortländer

**Berufs- und Handelsschule**  
für schulentlassene Mädchen des Kreises  
Hattinchen und Umgegend in Linden-  
Dahlhausen. (Falkenschule).

Der neue Kursus in Klasse 1 beginnt am  
21. April um 3 Uhr. Unterrichtsfächer: Buch-  
führung, Stenographie, Handelskunde Deutsch  
kaufmänn. Rechnen, Turnen, Gesänge, An-  
standslehre, Nähen, Handarbeit, Kochen und  
Hauswirtschaftslehre.

Klasse 2 ist eine reine Näh-klasse und  
gibt täglich von 8 bis 6 Uhr Anleitung zu allen  
Näh-, Handarbeiten und Kunststickereien  
durch eigene dazu vorbereitete, feine  
Kräfte. (14 Nähmaschinen).

Unterrichtszeit in Klasse 1 täglich von  
3 bis 7 Uhr. Anmeldungen für beide Klassen  
nimmt der Unterrichtsleiter täglich entgegen.  
Sehr mäßiges Schulgeld.

**Staal. Gymnasium, Bochum.**  
Beginn des neuen Schuljahres am 23. April  
1/2 Uhr nachm. Aufnahmeprüfung für  
Sexta am Freitag, den 3. April, 9 Uhr  
vorm., für die anderen Klassen Donner-  
stag, den 23. April, 2 Uhr nachm., im  
Vordergebäude des Hildegardis-Lyzeums  
(Augustastr. 6).

Anmeldungen nimmt der Unterrichtsleiter  
an allen Wochentagen bis einsch. Donner-  
stag, den 2. April, von 10-12 Uhr vorm.  
entgegen. Keine Prüfungsgebühren. Schul-  
geld 10 M. monatlich; Einschreibungsgebühren  
für neuangeworbene Schüler 5 M.

**WER**  
Anzug- u. Paltstoff hat,  
der er ungeheuren Gewinn mit nur wenig  
Geld macht. Beste Stoffe, moderne  
Anzüge, Kragen, Halsbänder, Hemden,  
Hosen und Unterwäsche in eigener Werkstatt.  
**Dermann Jfel** Bochum  
Dortenerstraße 11

**Dieckhoff's  
Schwarzbrot**

das beste u. bekömmlichste nach westl. Art  
in Steintenen gebacken  
Bis 7 Uhr abends dauernd frische Brötchen

**Julius Dieckhoff**  
Grabenstr. 31 — Filiale Hattingerstr. 20  
Aelteste Spezial-Schwarzbrodbäckerei am Platze.  
Telefon-Nr. 60.

**Albert Janzik**  
Bochum  
neben der Christuskirche, Telefon 1036

empfiehlt sein reichhaltiges Lager in  
Weinbrand, Likören, Rum, Wein,  
Süd-, Rot- u. Weißwein,  
Obst- und Beerenweine







merklich, daß eine große Originalflasche „Kaggs  
Bürae“ Nr. 6 8-M 6. — ist.

